



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Müllimporte stoppen!

Antrag Fraktion DIE LINKE – **Drs. 7/589**

Der Landtag möge beschließen:

Abfallimporte reduzieren – Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft stärken!

1. Der Landtag stellt fest, dass die im Land vorhandenen Entsorgungskapazitäten nicht unwesentlich durch importierte Abfälle genutzt werden. Den Grundsätzen der Entsorgungsautarkie und der Nähe folgend, ist jedoch - soweit möglich - eine entstehungsnahe Beseitigung der Abfälle anzustreben. Insoweit ist für Planung und Zulassung von Deponien maßgeblich das regionale Abfallaufkommen innerhalb des Landes zugrunde zu legen.
2. Die Landesregierung wird gebeten, mittel- bis langfristig die Abfallimporte im Rahmen des geltenden Rechts zu reduzieren.
3. Des Weiteren wird die Landesregierung gebeten, die Umwandlung der Abfallwirtschaft in eine Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft zu forcieren.

Begründung

Den Grundsätzen der Entsorgungsautarkie sowie der Nähe bei der Verwertung und Entsorgung von Abfällen sollte gefolgt werden, um Müllimporte zukünftig weitestgehend zu vermeiden. Insofern ist die zukünftige Zulassung von Deponien grundsätzlich entsprechend des Abfallaufkommens innerhalb des Landes zu gestalten.

Die Landesregierung wird deshalb gebeten, hierzu aktiv zu werden und ihre Möglichkeiten ggf. auch auf dem Gesetz- oder Verordnungsweg auszuschöpfen.

(Ausgegeben am 23.11.2016)

Allerdings können länderübergreifende/grenzüberschreitende Lösungen bei der Entsorgung von Abfällen auch sinnvoll und notwendig sein. Dies gilt insbesondere für die Entsorgung gefährlicher Abfälle, für die meist wenige und hoch spezialisierte Anlagen existieren und diese oft auf einem bundesweiten oder internationalen Einzugsgebiet aufbauen. Auch Sachsen-Anhalt ist insoweit bei der Entsorgung von gefährlichen Abfällen auf Anlagen in anderen Bundesländern angewiesen.

Darüber hinaus wird für das Vorgehen des Landes durch die Vereinbarkeit mit bestehendem Bundesrecht und europarechtliche Regelungen ein bestimmender/begrenzender Rahmen gesetzt.

Die Umwandlung der Abfallwirtschaft in eine Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft ist ein erklärtes Ziel der Koalition. Deshalb wird die Landesregierung weiterhin gebeten, diese Umwandlung mit den geeigneten Maßnahmen und Instrumenten zu forcieren.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN